

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

16.11.2015

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 10. Sitzung

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Montag, 16. November 2015

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 23:11 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesenheit

Herr Ibrahim Al Najjar
Frau Ulrike Berger
Herr Dr. Ullrich Bittner
Herr Ulf Burmeister
Frau Rita Duschek
Herr Rudi Duschek
Frau Yvonne Görs
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Frau Luisa Heide
Frau Marion Heinrich
Herr Axel Hochschild
Herr Heiko Jaap
Herr Lutz Jesse
Herr Wolfgang Jochens
Herr Prof. Dr. Wolfgang Joecks
Herr Dr. Jörn Kasbohm
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Nikolaus Kramer
Herr Alexander Krüger
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Herr Egbert Liskow
Frau Karola Lüptow
Herr Peter Madjarov
Herr Dr. Thomas Meyer
Herr Peter Multhauf
Herr Thomas Mundt
Herr Jörg Neubert
Herr Christoph Oberst
Herr Dr. Sascha Ott
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Frau Dr. Mignon Schwenke
Frau Birgit Socher
Herr Ludwig Spring
Herr Dr. Rainer Steffens
Frau Dr. Antje Steveling
Herr Professor Dr. Thomas Treig
Herr Erik von Malottki
Herr Ingo Ziola

Entschuldigt

Herr André Bleckmann
Herr Torsten Hoebel

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 28.09.2015/12.10.2015
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Große Anfrage der SPD-Fraktion
Schulen
6. Beschlusskontrolle
- 6.1. Bauliche Aufwertung Schulstandort Integrierte Gesamtschule "Erwin Fischer" (IGS)
Dez. II, Amt 23
7. Bericht zur Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
8. Beratung der Beschlussvorlagen
 - 8.1. Klage Wahlanfechtung
Präsidentin der Bürgerschaft
 - 8.2. Zielvereinbarung Theater Vorpommern GmbH (durch das Land M-V überarbeitete Fassung)
Der Oberbürgermeister
 - 8.3. Neubesetzungen/Umbesetzungen/Abberufungen
 - 8.3.1. Besetzung Betriebsausschuss des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“
SPD-Fraktion
 - 8.3.2. Umbesetzungen Hauptausschuss
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 8.3.3. Umbesetzung Rechnungsprüfungsausschuss
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 8.3.4. Umbesetzungen Ausschuss für Bau, Umwelt, Infrastruktur, öffentl. Ordnung
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 8.3.5. Umbesetzungen Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Universität
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 8.3.6. Umbesetzungen Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Liegenschaften
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 8.3.7. Umbesetzungen Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kultur
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 8.3.8. Umbesetzungen Ausschuss für Sport, Jugend, Soziales
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 8.3.9. Abberufung OTV Wieck/Ladebow
Bündnis 90 / Die Grünen
 - 8.4. Bestätigung der Mitglieder des Frauenbeirates
Der Oberbürgermeister, Gleichstellungs- und Familienbeauftragte
 - 8.5. Jahresabschluss 2014 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Eigenbetrieb See- und Tauchsportzentrum
 - 8.6. Wirtschaftsplan 2016 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Eigenbetrieb See- und Tauchsportzentrum

- 8.7. Wirtschaftsplan 2016 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Abwasserwerk Greifswald, Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
- 8.8. Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“
Eigenbetrieb "Hanse-Kinder"
- 8.9. Vermögensauseinandersetzung mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald
Dez. I, Amt 20
- 8.10. Annahme einer Spende für die Musikschule
Dez. I, Amt 41
- 8.11. Finanzielle Förderung des Neubaus der Sporthalle an der Caspar-David-Friedrich-Schule
Dez. II, Amt 23
- 8.12. 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Wärmeversorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 60
- 8.13. Neufassung des Städtebaulichen Rahmenplans Innenstadt / Fleischervorstadt (2015)
Dez. II, Amt 60
- 8.14. Zweite Änderung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms-Vorpommern mit Umweltbericht– Aktualisierung der raumordnerischen Festlegungen für die Eignungsgebiete für Windenergieanlagen
2. Beteiligung zum Entwurf 2015
Dez. II, Amt 60
- 8.15. Überplanmäßige Ausgaben und Mittelumschichtung THH 6 Revitalisierung Herrenhufen
Dez. II, Amt 66
- 8.16. Förderung junger Familien durch Gewährung von Preisnachlässen bei Grundstückskäufen
SPD-Fraktion
- 8.17. Änderung der Satzung des Kultur- und Sozialpasses
B90/Die Grünen, Die Linke, SPD (interfraktionell angestrebt)
- 8.18. Kurzfristige Schaffung einer Stabsstelle „Flüchtlinge in Greifswald – Koordinierung, Kommunikation, Integration & Netzwerkentwicklung“
Frau Dr. M. Schwenke, DIE LINKE, Dr. U. Rose (AL), SPD, B 90/Die Grünen interfraktionell angestrebt
- 8.19. „Public-Viewing“
CDU-Fraktion
- 8.20. Öffnung der Einbahnstraßenregelung für den Radverkehr in den Ostseevierteln Park- und Ryckseite
Bündnis 90 / Die Grünen
- 8.21. Begrüßungsgeld in Höhe von 200 Euro pro neugeborenen Kind
CDU-Fraktion
- 8.22. Protokollierung der Sitzungen der Ortsteilvertretungen
Erich Cymek, Vorsitzender der OTV Innenstadt
- 8.23. Kommunale Beteiligungsquote erhöhen
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Die Linke - interfraktionell angestrebt
- 8.24. Produkt 3.6.3.01.00.0 Schul- und Jugendsozialarbeit
Frau Dr. Mignon Schwenke im Auftrag des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend
- 8.25. Förderung der Schul- und Jugendsozialarbeit
SPD-Fraktion, interfraktionell angestrebt
- 8.26. Unterstützung Musikfabrik Greifswald
CDU-Fraktion
- 8.27. Unterstützung Sportvereine
CDU, DIE LINKE, Frau Dr. Schwenke, SPD, B90/DIE GRÜNEN, KfV/Piratenpartei, interfraktionell angestrebt
9. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
10. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
11. Mitteilungen der Präsidentin
12. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

. eröffnet die Sitzung der Bürgerschaft und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

. begrüßt Herr Oberst als nachgerücktes Mitglied der Bürgerschaft und verpflichtet ihn auf eine gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten per Handschlag gemäß § 28 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V).

Herr Krüger bedankt sich bei Herrn Imhorst anlässlich seines Dienstendes für die gute Zusammenarbeit.

Frau Socher weist die Mitglieder der Bürgerschaft darauf hin, sich beim Verlassen und erneutem Betreten des Sitzungssaales bei den Kolleginnen der Kanzlei der Bürgerschaft abzumelden und auch wieder anzumelden.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**Frau Socher**

. ruft den TOP auf.

. schlägt vor, den TOP 8.9 nach dem TOP 8 zu behandeln, da Herr Gutgesell (Beigeordneter und 2. Stellvertreter der Landrätin des Landkreises Vorpommern-Greifswald) für diesen TOP gekommen sei und lässt darüber abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

Herr Multhauf

. kritisiert, dass dieses Mal die Liste der umgesetzten Beschlüsse im Vorherein nicht verteilt worden sei.

Herr Dr. Kerath

. zieht die Beschlussvorlage „Besetzung Betriebsausschuss des Eigenbetriebes ‚Hanse-Kinder‘“ (TOP 8.3.1) zurück.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 1	Enthaltungen 0
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 28.09.2015/12.10.2015

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Herr Dr. Rose

. merkt an, dass beim TOP 7.23 „Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Land zur Finanzierung der Theater Vorpommern GmbH für 2016 und 2017“ Punkt 5 aus dem angenommenen Änderungsantrag im Beschlussvorschlag der Beschlussvorlage ergänzt werden muss:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fordert abermals eine Öffnung der zu gründenden Arbeitsgruppen und eine Beteiligung der kommunalen Vertretungen durch die Einbeziehung der jeweiligen Kulturausschüsse an den in den Zielvereinbarung benannten Arbeitsgruppen.“

Herr Multhauf

. beantragt in der Anwesenheit des Protokolls aufzuführen, dass er nur von TOP 1 bis TOP 6 anwesend war.

Frau Socher lässt über das Protokoll mit den genannten Änderungen abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	3

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

**TOP 5. Große Anfrage der SPD-Fraktion
Schulen**

Herr von Malottki bringt die Große Anfrage zum Thema „Schulen“ ein.

Herr Hochheim beantwortet die Große Anfrage.

(Die Beantwortung der Großen Anfrage wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

Die SPD-Fraktion beantragt eine Aussprache zu diesem TOP.

Herr von Malottki

. spricht sich für eine schnelle Planung einer neuen Grundschule aus.

. geht auf die Frage der Beschulung von regionalen Schülern und auf die Berücksichtigung der Inklusion ein.

Herr Hochheim

. erklärt, dass es wichtig sei, diese Überlegungen auch im Kreistag anzusprechen.

Herr von Malottki

. erklärt, dass er es so verstanden habe, dass die städtischen Prognosen davon ausgehen, in Zukunft keine Schüler/innen aus dem Umkreis in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu beschulen.

Herr Hochheim

. weist daraufhin, dass der Landkreis zuständig sei, man jedoch für eine gute Zusammenarbeit gern bereit sei.

Herr Multhauf

. wünscht sich eine gute Zusammenarbeit im dem Landkreis.

TOP 6. Beschlusskontrolle**TOP 6.1. Bauliche Aufwertung Schulstandort Integrierte Gesamtschule "Erwin Fischer" (IGS)**

06/99 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
B73-03/14

1. Die Planung des Ersatzneubaus der Fischer-Schule und die Sanierung der vorhandenen Schulsporthalle am bisherigen Standort in der Einsteinstraße.
2. Der Neubau der Schule soll vierzünftig erfolgen und eine inklusive Beschulung, als vom Land gefördertes Modellprojekt, gewährleisten. Durch die Verwaltung ist in Abstimmung mit dem noch zu beauftragenden Planungsbüro unter Einbeziehung der Schulleitung ein Raumprogramm unter Beachtung der inklusiven Beschulung aber auch moderner Bildungsaspekte zu erarbeiten, das vom Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen und dem Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft und dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung zu genehmigen ist.

3. Greifswald verfolgt hinsichtlich der Nachhaltigkeit seiner Gebäude hohe Ziele. Die Lebenszykluskosten der Gebäude stellen eine wichtige Entscheidungsgrundlage dar und sind bei den Planungen ausführlich darzustellen. Unterschiede der Kosten zwischen Bau und Betrieb zwischen Passivhausstandard und Standards nach ENEC gültig ab 01.01.2016 sollen zur Entscheidungsfindung dargestellt werden. Das Gütesiegel der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) wird angestrebt. Von einer Zertifizierung kann abgesehen werden.
4. Zur Einwerbung von Fördermitteln aus dem EFRE-Programm von 2014 - 2020 ist unverzüglich eine Planung bis zur Leistungsphase 3 zu erstellen. Dazu wird außerplanmäßig eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 800.000 € für das Haushaltsjahr 2015 bereitgestellt.
5. Bis zur Förderantragsstellung sind mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald die finanziellen Auswirkungen aus dem Neubau verbindlich zu regeln.

Herr Hochheim

. erklärt, dass Punkt 5 des Beschlussvorschlages bereits umgesetzt sei. Derzeit sei man im Verfahren der Erstellung der Planungsunterlagen. Der Zuschlag für den Architektenvertrag sei am 10.11.2015 erfolgt. Außerdem würden zwei weitere europaweite Ausschreibungen für die Vergabe der technischen Planungsleistungen laufen. Die Vergabegespräche sollen Anfang Dezember 2015 stattfinden. Vorher müsse eine Anhörung im Hauptausschuss stattfinden. Weiterhin würden derzeit die nicht europaweit auszuschreibenden Planungsleistungen beschränkt ausgeschrieben und vergeben werden. Mit den Planern seien erst die Gespräche zum konkreten weiteren Verfahren geführt worden. Die Aufgabenstellung und das Raumprogramm sollen zunächst in einer Arbeitsgruppe überarbeitet werden. Das Ergebnis solle im Projektlenkungsausschuss vorgestellt werden. Danach wolle man es dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen, dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung und dem Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft präsentieren. Gewünscht sei eine gemeinsame Sondersitzung im Januar. Nach Bestätigung der Aufgabenstellung durch die Ausschüsse werde der Planer einen Vorentwurf mit Varianten für die Planung fertigen, der circa Ende März den Gremien vorgestellt werden könne. Danach werde die Entwurfsplanung erstellt, die spätestens im August 2016 vorliegen solle. Dann könne der Fördermittelantrag gestellt werden.

Herr Multhaus

. sagt, dass für dieses Haushaltsjahr diesbezüglich 800 TEUR eingestellt worden seien.
. fragt, was damit geschehen sei oder werde.

Herr Hochheim

. erklärt, dass die Planungsleistungen bereits beauftragt worden seien. Wenn die Investition begonnen werde, könne man das restliche Geld in das nächste Haushaltsjahr übertragen.
. geht davon aus, dass man mit dieser zur Verfügung stehenden Summe, die Planung beauftragen und bezahlen könne.

TOP 7. Bericht zur Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Herr Dr. Rose berichtet über die genannte Veranstaltung. (Der Bericht wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.)

TOP 8. Beratung der Beschlussvorlagen

TOP 8.9. Vermögensauseinandersetzung mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald

06/477 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
Frau Schlegel bringt die Beschlussvorlage ein und macht auf Änderungen in der Anlage 1 aufmerksam.

Herr Multhauf fragt,

- . was die Minderung um 7 TEUR für den Haushalt bedeute.
- . welche Signale es aus Schwerin gebe.

Frau Kaeß

. antwortet, dass es Auswirkungen für den Finanzhaushalt gebe. Wie es beim Ergebnishaushalt aussehe, müsse man prüfen.

Herr Gutgesell

. sagt, dass ihm bekannt sei, dass es erste Gespräche zwischen Herrn Wille und dem Ministerium für Inneres und Sport gegeben haben soll. Der gemeinsame Termin stehe noch aus. Erste Korrekturen hätten jedoch bereits stattgefunden.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage mit Änderungen abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und dem Landkreis Vorpommern-Greifswald gemäß § 12 Abs. 1 des Landkreisneuordnungsgesetzes M-V (LNOG M-V) abzuschließen und ermächtigt den Oberbürgermeister, alle zum Vertragsschluss erforderlichen Erklärungen abzugeben. Diese Ermächtigung gilt auch für den Fall, dass eine notarielle Beurkundung einzelner Erklärungen zum Vertragsvollzug oder des gesamten Vertrages erforderlich wird.

Soweit erforderlich, beschließt die Bürgerschaft, die für die Zahlung an den Landkreis geplanten Haushaltsmittel des Jahres 2015 in das Jahr 2016 zu übertragen.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

Frau Socher übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Prof. Dr. Joecks.

Herr Hochheim verlässt den Sitzungssaal.

TOP 8.1. Klage Wahlanfechtung

06/525 Herr Prof. Dr. Joecks ruft den TOP auf.
B243-09/15 Frau Socher bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Dr. Steffens

- . erklärt, dass die CDU-Fraktion sich gegen die Beschlussvorlage ausspreche.
- . plädiert dafür, die Bürgerschaft durch das Rechtsamt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vertreten zu lassen.
- . fragt, ob mit dem zweiten Absatz gemeint sei, dass nur ein Auftrag auf einem Streitwert von 50 TEUR erteilt werden dürfe.
- . bittet darum – falls man sich für eine anwaltliche Vertretung entscheide – den Auftrag außerhalb von der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern zu vergeben.
- . regt an, falls es zu einer anwaltlichen Vertretung komme, dass der Anwalt die Bürgerschaft auch regelmäßig über den Stand des Verfahrens und den Verlauf ausreichend in Kenntnis setzt.

Frau Socher

. erklärt, dass mit dem zweiten Absatz nicht der vom Gericht festgelegte Streitwert gemeint sei.

Herr Dr. Steffens

. weist daraufhin, dass die Beschlussvorlage dann nicht eindeutig formuliert sei und dass man eher schreiben sollte, dass Kosten bis zu 50 TEUR zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dr. Kasbohm

. macht darauf aufmerksam, dass im weiteren Verlauf der Vorlage deutlich wird, dass keine 50 TEUR ausgegeben werden sollen.

Herr Prof. Dr. Hardtke

. sagt, dass die 50 TEUR nicht in der Beschlussvorlage stehen bleiben können.
. beantragt, den Satz zu verändern, dass die maximalen Kosten 10 TEUR nicht überschreiten sollen.

Diese Änderung wird im Beschlussvorschlag aufgenommen.

Herr Prof. Dr. Joecks

. plädiert dafür, die Bürgerschaft anwaltlich außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern vertreten zu lassen.

Herr Multhauf

. fragt, ob nicht der Unterlegene in einem Gerichtsverfahren die Kosten aufbringen müsse.

Herr Prof. Dr. Joecks

. antwortet, dass derjenige nur die gesetzlichen Gebühren erstatten müsse.

Herr Multhauf

. fragt, ob die Bürgerschaft keine Rechtsschutzversicherung habe und wenn nein, warum nicht.

Herr Prof. Dr. Joecks

. sagt, dass die Rechtsschutzversicherung auch nur die gesetzlichen Gebühren erstatten würde.

Herr Dr. Ott

. macht deutlich, dass sobald man über die gesetzlichen Gebühren hinaus komme, die Stadt in jedem Fall 8 TEUR aufbringen müsse.

Herr Burmeister nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

Es wird noch einmal eindeutig klar gemacht, dass kein Anwalt aus Greifswald oder den Landkreises Vorpommern-Greifswald oder Vorpommern-Rügen beauftragt wird.

Herr Prof. Dr. Joecks lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Zur zügigen Herstellung der Handlungsfähigkeit der Bürgerschaft im Rechtsstreit „Hochheim vs. Bürgerschaft der UHGW“ mit dem avisierten Verhandlungstermin am 19.1.2016 beschließt die Bürgerschaft der UHGW:

Die Präsidentin der Bürgerschaft, Birgit Socher, bzw. eine von ihr zu bestimmende Anwaltskanzlei wird mit der Vertretung der Bürgerschaft der UHGW vor Gericht im oben genannten Streitfall beauftragt. Die Kosten bei einer anwaltlichen Vertretung 1. Instanz sollen 10 T€ nicht übersteigen.

Als Deckungsquelle für die Verfahrenskosten wird die Kreisgebietsumlage benannt.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	26	12	1

Herr Al Najjar war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Herr Prof. Dr. Joecks übergibt die Sitzungsleitung wieder an Frau Socher.

Herr Hochheim nimmt wieder an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

TOP 8.2. Zielvereinbarung Theater Vorpommern GmbH (durch das Land M-V überarbeitete Fassung)

06/526

B244-09/15 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Herr Dr. Fassbinder bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Berger

. beantragt namentliche Abstimmung.

Diskussionsgegenstand sind u. a.:

- . dass das Land nur eine von fünf von der Greifswalder Bürgerschaft festgelegten Anforderungen an die Zielvereinbarung aufgenommen habe.
- . die kostenlose Bereitstellung der Räumlichkeiten für das Theater in einigen Orten und die damit verbundene Ungleichbehandlung.
- . der finanzielle Druck des Landes.
- . der mögliche Rückzug des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte aus dem Staatstheater Nordost nach der FAG-Novellierung.

Frau Socher lässt namentlich über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt zur Kenntnis, dass die mit Beschluss der Bürgerschaft (B239-09/15) geforderte Unterschriftbedingung durch das Land akzeptiert und in die überarbeitete Zielvereinbarung (Anlage 1) aufgenommen wurde. Sie billigt die Unterschriftsleistung des Oberbürgermeisters unter die überarbeitete Zielvereinbarung (Anlage 1).

Herr Ibrahim Al Najjar	Ja
Frau Ulrike Berger	Nein
Herr Dr. Ullrich Bittner	Nein
Herr André Bleckmann	nicht anwesend (entschuldigt)
Herr Ulf Burmeister	Enthaltung
Frau Rita Duschek	Nein
Herr Rudi Duschek	Nein
Frau Yvonne Görs	Nein
Herr Professor Dr. Frank Hardtke	Ja
Frau Luisa Heide	Ja
Frau Marion Heinrich	Nein
Herr Axel Hochschild	Ja
Herr Torsten Hoebel	nicht anwesend (entschuldigt)
Herr Heiko Jaap	Ja
Herr Lutz Jesse	Ja
Herr Wolfgang Jochens	Ja
Herr Prof. Dr. Wolfgang Joecks	Ja
Herr Dr. Jörn Kasbohm	Enthaltung
Herr Dr. Andreas Kerath	Ja
Herr Nikolaus Kramer	Ja
Herr Alexander Krüger	Nein
Herr Christian Kruse	Ja

Herr Thomas Lange	Ja
Herr Jürgen Liedtke	Ja
Herr Egbert Liskow	Ja
Frau Karola Lüptow	Ja
Herr Peter Madjarov	Nein
Herr Dr. Thomas Meyer	Ja
Herr Peter Multhauf	Nein
Herr Thomas Mundt	Ja
Herr Jörg Neubert	Nein
Herr Christoph Oberst	Nein
Herr Dr. Sascha Ott	Ja
Herr Milos Rodatos	Nein
Herr Dr. Ulrich Rose	Nein
Frau Dr. Mignon Schwenke	Nein
Frau Birgit Socher	Nein
Herr Ludwig Spring	Ja
Herr Dr. Rainer Steffens	Ja
Frau Dr. Antje Steveling	Ja
Herr Professor Dr. Thomas Treig	Ja
Herr Erik von Malottki	Nein
Herr Ingo Ziola	Ja

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	23	16	2

TOP 8.3. Neubesetzungen/Umbesetzungen/Abberufungen

TOP 8.3.1. Besetzung Betriebsausschuss des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“

06/493 Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen (siehe TOP 2).

TOP 8.3.2. Umbesetzungen Hauptausschuss

06/513 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B245-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
 Anstelle von **Stefan Fassbinder** wird **Alexander Krüger** reguläres Mitglied im Hauptausschuss.
 Anstelle von **Frauke Fassbinder** und **Alexander Krüger** werden **Christoph Oberst** und **Peter Madjarov**
 Stellvertretende Mitglieder im Hauptausschuss.*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Herr von Malottki und Herr Dr. Meyer waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8.3.3. Umbesetzung Rechnungsprüfungsausschuss

06/516 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B246-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Anstelle von **Frauke Fassbinder und Stefan Fassbinder** werden **Christoph Oberst und Peter Madjarov** stellvertretende Mitglieder im Rechnungsprüfungsausschuss.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Herr von Malottki und Herr Dr. Meyer waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8.3.4. Umbesetzungen Ausschuss für Bau, Umwelt, Infrastruktur, öffentl. Ordnung

06/517 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B247-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Anstelle von **Lorenz Wenner** wird **Thiemo Krawinkel** stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bau, Umwelt, Infrastruktur, öffentl. Ordnung.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Herr Dr. Meyer und Herr Jaap waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8.3.5. Umbesetzungen Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Universität

06/518 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B248-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Anstelle von **Frauke Fassbinder** wird **Peter Madjarov** reguläres Mitglied im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Universität.

Anstelle von **Peter Madjarov** wird **Timo Pfarr** stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Universität.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Frau Dr. Steveling, Herr Dr. Meyer und Herr Jaap waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8.3.6. Umbesetzungen Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Liegenschaften

06/519 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B249-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Anstelle von **Stefan Fassbinder** wird **Alexander Krüger** reguläres Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften.

Anstelle von **Marie Möller, geb. Schmidt** wird **Patrick Leithold** stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Frau Dr. Steveling, Herr Dr. Meyer und Herr Jaap waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8.3.7. Umbesetzungen Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kultur

06/520 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B250-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Anstelle von **Stefan Fassbinder** wird **Darko Balke** stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kultur.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Frau Dr. Steveling, Herr Mundt, Herr Dr. Meyer und Herr Jaap waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8.3.8. Umbesetzungen Ausschuss für Sport, Jugend, Soziales

06/521 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B251-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Anstelle von **Alexander Krüger** wird **André Carls** reguläres Mitglied im Ausschuss für Sport, Jugend und Soziales.

Anstelle von **André Carls** wird **Peter Madjarov** stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Sport, Jugend und Soziales.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

Frau Dr. Steveling, Herr Mundt, Herr Dr. Meyer und Herr Jaap waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8.3.9. Abberufung OTV Wieck/Ladebow

06/515 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B252-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Stefan Fassbinder wird als stellvertretendes Mitglied aus der OTV Wieck/Ladebow abberufen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Frau Dr. Steveling, Herr Mundt, Herr Dr. Meyer und Herr Jaap waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8.4. Bestätigung der Mitglieder des Frauenbeirates

06/499 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B253-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestätigt die 15 durch das Frauenforum gewählten Frauen als Mitglieder des Frauenbeirates.

- 1 Terodde, Ruth Sprecherin
- 2 Lenz, Antonia
- 3 Witt, Brigitte
- 4 Schmitt, Katharina
- 5 Steinmetz, Freia
- 6 Peters, Angela Stellvertreterin der Sprecherin
- 7 Wölk, Monique
- 8 Bartsch, Anja
- 9 Wolf, Anne Stellvertreterin der Sprecherin
- 10 Wolf, Christel
- 11 Ruhm, Eva-Maria
- 12 Thonack, Mechthild
- 13 Schnabel, Silke
- 14 Kunkel, Franziska
- 15 Appelt, Katharina

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	0

Frau Dr. Steveling, Herr Mundt und Herr Jaap waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Herr Mundt verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

TOP 8.5. Jahresabschluss 2014 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/488 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B254-09/15 Frau Teetz bringt die Beschlussvorlage ein.
 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. *Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Hansestadt Greifswald (STZ) – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht wird mit*

einer Bilanzsumme von	265.539,44 EUR
davon einem Eigenkapital von	220.712,05 EUR
und einem Jahresverlust von	272.446,72 EUR

festgestellt.

Der Jahresverlust 2014 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Hansestadt Greifswald (STZ) – in Höhe von 272.446,72 EUR wird durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage des STZ ausgeglichen.

2. *Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.*
3. *Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Fidelis Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Waren) als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2015 durch den Landesrechnungshof M-V zur Kenntnis.*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	6

Frau Dr. Steveling und Herr Jaap waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8.6. Wirtschaftsplan 2016 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/486.1
B255-09/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
Frau Teetz bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Jochens

. weist darauf hin, dass in der Finanzierung eine falsche Deckungsquelle angegeben sei.

Frau Teetz

. bestätigt dies und sagt, dass die Finanzierung aus dem Gemeindeanteil der Umsatzsteuer gedeckt werde.

Nach kurzer Diskussion über die dauerhafte Tragfähigkeit des Wirtschaftsplanes, die Wichtigkeit des Liegeplatzes und der Entwicklung des Umfeldes, sowie über die Frage wer Eigenbetriebsleiter sei, lässt Frau Socher über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2016 des See- und Tauchsportzentrums nach Eigenbetriebsverordnung M-V, bestehend aus:

- Vorbericht mit Preisübersicht
- Zusammenstellung
- Erfolgsplan
- Finanzplan
- Investitionsübersicht
- Stellenübersicht.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	6

TOP 8.7. Wirtschaftsplan 2016 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/468
B256-09/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2016 des Abwasserwerkes nach Eigenbetriebsverordnung M-V, bestehend aus:
 - Vorbericht
 - Zusammenstellung
 - Erfolgsplan Abwasserwerk
 - Bereichserfolgspläne 1-3
 - Finanzplan Abwasserwerk
 - Bereichsfinanzpläne 1-3
 - Leistungsbeziehungen zwischen den Bereichen
 - Investitionsübersichten
 - Stellenübersicht
 - Verpflichtungsermächtigungen

2. Die Bürgerschaft beschließt folgende Deckungsvermerke im Finanzplan 2016: Ausgabenansätze für Investitionen für das Schmutz- und Niederschlagswasserleitungsnetz innerhalb der Position Neu/Erweiterung sind gegenseitig deckungsfähig. Dies betrifft ebenfalls die Position Ersatz.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.8. Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“

06/472 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B257-09/15 Herr Lerm bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Multhauf

. macht darauf aufmerksam, dass in der Anlage die Rede von 1,5 TEUR. Hierbei handelt es sich jedoch um 1.500 TEUR.

Herr Lerm bestätigt das. Die Anlage wird bis zur Beschlussausfertigung dementsprechend geändert.

Über die Platzkosten, die Hortgebühren, die Unterbringung der Hortkinder und über geplante Neubauten für Kindertagesstätten findet eine längere Diskussion statt.

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	13	2

PAUSE

20:50 Uhr – 21:02 Uhr

Herr Burmeister verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

TOP 8.9. Vermögensauseinandersetzung mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald

06/477
B242-09/15 vor TOP 8.1 gezogen (siehe TOP 2).

TOP 8.10. Annahme einer Spende für die Musikschule

06/500 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B258-09/15

Herr Dr. Kerath unterliegt dem Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Abs.1 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende des Fördervereins der Musikschule der Hansestadt Greifswald e.V. in Höhe von 1.557,50 €.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Al Najjar und Herr Dr. Ott waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8.11. Finanzielle Förderung des Neubaus der Sporthalle an der Caspar-David-Friedrich-Schule

06/509 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B259-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt die Einwerbung von Fördermitteln aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ mit dem Ziel der anteiligen Finanzierung des Ersatzneubaus der Sporthalle an der Caspar-David-Friedrich-Schule.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Herr Al Najjar und Herr Dr. Ott waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 8.12. 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Wärmeversorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/453

B260-09/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Wärmeversorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Satzung über die Wärmeversorgung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 31.12.2020 zu überprüfen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

TOP 8.13. Neufassung des Städtebaulichen Rahmenplans Innenstadt / Fleischervorstadt (2015)

06/458.1

B261-09/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Herr Multhauf verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Es liegt von der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN je ein Änderungsantrag vor.

Herr Hochschild bringt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein:

Die Bürgerschaft beschließt in der Neufassung des Städtebaulichen Rahmenplans Innenstadt / Fleischervorstadt folgende Änderungen:

1. **Seite 63:** Als weitere Maßnahme: Die Erweiterung des Parkplatzes Museumshafen Nord bis an die Bahngleise.
2. **Seite 115, folgende Sätze werden gestrichen:**
Vorschlag der Rahmenplaner wäre, vorrangig zu prüfen, ob über eine Netztrennung im westlichen Abschnitt der Friedrich-Loeffler-Straße zwischen Kapaunenstraße und Rotgerberstraße eine Vermeidung des Durchgangsverkehrs konsequent realisiert werden kann. Der Einsatz einer absenkbaren Poller-Anlage sichert dabei die Linienführung des Busverkehrs. Diese Maßnahme führt zu einer Verkehrsreduzierung des gesamten Straßenverlaufs. Die verkehrlichen Effekte und Realisierbarkeiten müssen in einer vertiefenden Analyse überprüft werden.
3. **Seite 116, folgende Sätze werden gestrichen:**
In der Fleischervorstadt ist der Straßenzug Stephanistraße und Lange Reihe massiv vom Durchgangsverkehr mit fast 8.000 Kfz pro Tag belastet. Um die Beeinträchtigungen für das Wohnen zu vermeiden, soll aus städtebaulicher Sicht und gemäß Lärmaktionsplan 2014 eine Bündelung der Verkehrsführung über die Goethestraße im Zweirichtungsverkehr geprüft werden. Die Bürgerschaft hat 2015 eine Prüfung von Maßnahmen zur Lärminderung in der Stephanistraße (lärmmindernder Asphalt, Geschwindigkeitsreduzierung), soweit diese nicht ausreichen: Prüfung der Bündelung

des Kfz-Verkehrs im Zuge der Goethestraße (Zweirichtungsverkehr) beschlossen.

Der Knotenpunkt der Goethestraße mit der Arndtstraße und der Stephanistraße ist derzeit durch die Verkehrsführung recht unübersichtlich und gestalterisch unbefriedigend. Abhängig von der künftigen Verkehrsführung in diesem Bereich ist eine Umgestaltung erforderlich, die die Verkehrsflächen neu ordnet, gestalterisch aufwertet und die Querbarkeit für Fußgänger und Radfahrer verbessert. Abhängig von den Verkehrsströmen kommt die Einrichtung einer Lichtsignalanlage in Betracht.

4. **Seite 116, folgender Satz wird gestrichen:**
Im Falle einer weiteren Verlagerung des Kfz-Verkehrs vom Platz der Freiheit in die Gützkower Straße ist hier eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu prüfen.
5. **Seite 116, folgende Sätze werden gestrichen:**
Als weitere Maßnahme zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs soll der Abschnitt der Neunmorgenstraße an der Karl-Krull-Grundschule nur noch für den Bus- und Fahrradverkehr befahrbar sein und umgestaltet werden. Diese Maßnahme ermöglicht zudem die Erweiterung und Verbindung der öffentlichen Grünanlage mit dem Schulstandort. Der Kfz-Verkehr wird konzentriert über den Straßenzug Pestalozzistraße - Lange Reihe - Neunmorgenstraße geführt. Über den Umbau des Knotenpunktes Franz-Mehring-Straße / Bleichstraße / Pestalozzistraße soll neben der Reduzierung von Verkehrsflächen auch die Attraktivität der Verkehrsführung für den gebietsfremden Durchgangsverkehr vermindert werden.
6. **Seite 117, folgender Satz wird gestrichen:**
Die Durchbindung der Kuh- und der Fischstraße auf den Hansering kann zudem die Bündelung des verbleibenden Verkehrs auf der stark belasteten Friedrich-Loeffler-Straße und der Steinbeckerstraße reduzieren, Fahrwege verkürzen und entlastend wirken.
7. **Seite 121, folgende Sätze werden gestrichen:**
Im Zuge der Knotenplanung ist die Möglichkeit einer Diagonalquerung vertiefend zu prüfen.
8. **Seite 126, folgende Sätze werden gestrichen:**
Ein noch deutlicherer Lenkungseffekt könnte davon ausgehen, für berechnete Bewohner das Parken auf öffentlichen Anlagen lediglich zu ermäßigen, statt kostenfrei zu gestalten. Diese würden dann z.B. pro Nutzungstag im öffentlichen Straßenraum 1 Euro zahlen, wodurch sich eine Parkhaus-Monatskarte für 20 Euro finanziell rentieren würde. Auf diese Weise wäre es insbesondere für Personen, die ihren PKW nur unregelmäßig nutzen, attraktiv, diesen im Parkhaus abzustellen. Für dieses in Deutschland noch nicht verbreitete Modell müssten allerdings erst die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ein Umsetzungsbeispiel bietet die Stadt Barcelona.

Herr Lange bringt Änderungen zu dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein:

Punkt 2 soll folgendermaßen geändert werden:

Vorschlag wäre zu prüfen, in wieweit ein neues Verkehrskonzept für den westlichen Teil der Löfflerstraße eine weitgehende Vermeidung des Durchgangsverkehrs dort realisieren könnte. Vor dem Hintergrund der Entstehung eines neuen Universität-Campus auf dem Gelände der ehemaligen Kliniken Löfflerstraße ist hier für die Zukunft mit deutlicher Zunahme des Radverkehrs wie des Individualverkehrs zu rechnen. Eine vertiefende Analyse soll zeigen, wie die Verkehrsprobleme für diesen Teil des Westends insgesamt angegangen und gelöst werden könnten.

Punkt 6 soll folgendermaßen geändert werden:

Es ist zu prüfen, in wieweit die Durchbindung der Fischstraße auf den Hansering zu einer Entlastung der Löffler- wie auch der Steinbeckerstraße führen kann.

Die CDU-Fraktion nimmt beide Änderungen auf.

Herr Krüger bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt in der Neufassung des Städtebaulichen Rahmenplans Innenstadt/Fleischervorstadt folgende Änderungen, die ggfs. entsprechend

im Umsetzungskonzept ergänzt werden müssen:

2.1.2 Städtebauliches Leitbild für den Stadtkern (S. 51)

gestrichen wird im Kästchen „wichtigstes Projekt“ - stattdessen „eines der wichtigsten Projekte“

3.2.1 Sicherung bezahlbaren Wohnraums und Ausbau der Vielfalt an Wohnformen (S. 92)

Erläuterungen und Maßnahmen (S. 73)

~~Abs. 6, Satz 3: Ersetzen von „kann“ durch „soll“ im Satz: „In Kaufverträgen für kommunale Grundstücke bzw. in städtebaulichen Verträgen kann eine Verpflichtung eingesetzt werden, dass ein Anteil der Wohnungen für einen maximalen Mietpreis im sozialverträglichen Rahmen für Geringverdiener angeboten wird.“~~

~~Änderung Satz 4: „Eine vergleichbare Option bieten der Einsatz des Erbbaurechts und die Reduzierung des Zinses zugunsten der Schaffung von preisgünstigen Wohnungen und Belegungsrechten.“ in „Eine vergleichbare und ausbaufähige Option ist der Einsatz des Erbbaurechts und die Reduzierung des Zinses zugunsten der Schaffung von preisgünstigen Wohnungen und Belegungsrechten.“~~

~~Abs. 8, Satz 1: Änderung des Satzes: „Empfohlen wird, die oben genannten Steuerungsmöglichkeiten im Zuge der weiteren Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen zu prüfen“ in: „Die oben genannten Steuerungsmöglichkeiten sind im Zuge der weiteren Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen zu prüfen.“~~

~~Instrumente der Universitäts- und Hansestadt zur Förderung von Wohneigentum fortführen: Abs. 13, letzter Satz:~~

~~Geändert wird der Satz „Diese Instrumente sollten weiter genutzt und qualifiziert werden.“ in „Das Instrument des verminderten Pachtzinses soll dabei weiter genutzt und qualifiziert werden.“~~

Im Umsetzungskonzept bliebe entsprechend P 20 wie ursprünglich vorgesehen bestehen.

3.6 Ergänzung von gastronomischen Angeboten an touristischen Zielorten und Ausbau der Übernachtungskapazitäten (S. 111)

Ergänzung eines letzten Absatzes: „Ein Konzept für die Anlage barrierefreier öffentlicher Toiletten, die auch am Wochenende nutzbar sind, ist für die touristischen Zielorte zu entwickeln. Dabei sind auch die ansässigen gastronomischen Einrichtungen als Partner anzufragen.“ (Umsetzungskonzept: neu G 39: Konzept öffentliche Toiletten an touristischen Zielorten, Standort: gesamtes Plangebiet, Träger: Stadt, Priorität: hoch, Zeitraum: K)

6.1 Anpassung der Hauptverkehrsstraßen an den Bedarf (S. 138)

~~Ergänzung des zweiten Absatzes: „Die Reduzierung der Fahrbahnstreifen auf dem Hansering kann für die Anlage von Reisebusparkplätzen entlang der Westseite des Hanserings zwischen Löfflerstraße und Platz der Freiheit genutzt werden. Diese dauerhafte Lösung für den Wegfall der Busparkplätze auf dem Nexö-Platz ist zeitnah zu prüfen.“ (E1 Ergänzung: Umverlegung Reisebusparkplätze in den Hansering, Standort: Hansering, Träger: Stadt, Priorität: hoch, Zeitraum: K)~~

6.7 Schaffung zusätzlicher Parkplätze für Einpendler und Besucher (S. 150)

Ergänzung des ersten Absatzes: „Die dieser Untersuchung zugrunde liegenden Zahlen stammen aus dem Jahr 2010. Allen hier vorgeschlagenen Maßnahmen müssen zunächst aktuelle Zählungen und Zahlen zugrunde gelegt werden. Daher ist vor Umsetzung einer Maßnahme zuerst eine detaillierte Verkehrserhebung mit Ist-Zustand der Parkplatzbelegungen mit aktuellen Zahlen darzustellen.“ (P13 detaillierte Verkehrserhebung: Standort: gesamtes Plangebiet, Träger: Stadt, GPG, Priorität: hoch, Zeitraum: K)

Folgender Satz wird wie folgt geändert:

Als weiterführende Maßnahme des Parkraumkonzeptes ist der Bau eines Parkhauses am Martin-Andersen-Nexö-Platz vorgesehen. Statt „vorgesehen“ ersetzen: „zu prüfen.“ (E44 Ergänzung: Prüfung neues Parkhaus)

Folgende Ergänzungen werden an diesen Absatz angefügt: „Alternativ als Standorte für ein neues Parkhaus sind zu prüfen die Standorte „Hansering/Ecke Holzgasse“, „Museumshafen Nord“ und „Bahnhof“. Die drei Standorte sind bereits als Parkplätze vorgesehen bzw. in Betrieb und können ebenso gut wie der Nexö-Platz zu einem Parkhaus ausgebaut werden. Der Nexö-Platz bietet die schlechteste verkehrliche Anbindung aller Standorte und ist daher am wenigsten geeignet. Da der Knotenpunkt Hansering/Holzgasse ohnehin überplant werden muss, bietet sich hier ein Parkhaus an.“

(E43 Ergänzung: oder neues Parkhaus – neu: E50: Prüfung neues Parkhaus Standort: Parkplatz Holzgasse und Parkplatz Museumshafen Nord, Träger: GPG, Priorität: hoch, Zeitraum: K)

In 4. Umsetzungskonzept - Maßnahmenübersicht ist außerdem folgende Änderung vorzunehmen:

„E 47 Dauerparktarife – bleibt wie ursprünglich vorgesehen bestehen (inkl. Museumshafen Nord)

Herr Dr. Kasbohm bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein:

Die Bürgerschaft beschließt in der Neufassung des städtebaulichen Rahmenplans Innenstadt / Fleischervorstadt folgende Änderungen:

Seite 62 (52) / 3.1.3: Spätestens zum weitgehenden Abschluss der Sanierungsarbeiten (klex) ist im Nutzungsplan für das Jugendzentrum klex und für den Bereich der Langen Straße von der Rotgerber Straße bis zur Aufpflasterung des Wallgürtels (Westend) beidseitig die Ausweisung als Mischgebiet in braun erneut zu prüfen.

Seite 62 (52) / 3.1.3: Spätestens zum weitgehenden Abschluss der Sanierungsarbeiten bzw. bei Aufstellung eines B-Planes ist im Nutzungsplan für die Stralsunder Str. 10 die Ausweisung als Mischgebiet in braun erneut zu prüfen.

Herr Kaiser erklärt, dass die Änderungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE von der Verwaltung so übernommen werden.

Nach längerer Diskussion über die Änderungsanträge und den darin enthaltenen Prüfaufträgen, sowie über die Parkgebühren lässt Frau Socher über die einzelnen Punkte des Änderungsantrages der CDU-Fraktion (mit den Anpassungen durch die SPD-Fraktion) abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 1	24	9	4
Punkt 2	21	6	6
Punkt 3	20	11	1
Punkt 4	11	mehrheitlich	1
Punkt 5	20	15	2
Punkt 6	19	17	2
Punkt 7	14	mehrheitlich	0
Punkt 8	24	12	2

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt die Neufassung des Städtebaulichen Rahmenplans Innenstadt / Fleischervorstadt (2015) gemäß der ANLAGE 1.

Die im Rahmenplan enthaltene sog. „weiche Fußgängerzonen-Regelung“ für den zentralen Bereich um den Markt ist Ergebnis des Prüfauftrages der Bürgerschaft vom 08.04.2013 zu diesem Thema. Es ist beabsichtigt, diese Regelung möglichst kurzfristig umzusetzen. Die Bürgerschaft beauftragt hiermit den Oberbürgermeister, die notwendigen Teileinziehungsanträge zu stellen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

Herr Dr. Meyer verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

TOP 8.14. Zweite Änderung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms-Vorpommern mit Umweltbericht– Aktualisierung der raumordnerischen Festlegungen für die Eignungsgebiete für Windenergieanlagen
 06/465.1
 B262-09/15 **2. Beteiligung zum Entwurf 2015**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 Herr Dr. Fassbinder bringt die Beschlussvorlage ein.

Der Beschlussvorschlag wird dahingehend geändert, dass das beschließende Gremium nun die Bürgerschaft anstatt des Hauptausschusses ist.

Herr Prof. Dr. Treig verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Nach längerer Diskussion über die mögliche Gefährdung des Caspar-David-Friedrich-

Blickes und die Platzierung der Windräder lässt Frau Socher über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Stellungnahme der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur Zweiten Änderung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Vorpommern, 2. Beteiligung zum Entwurf 2015 (Anlage).

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	20	9	6

Herr Kruse verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

TOP 8.15. Überplanmäßige Ausgaben und Mittelumerschichtung THH 6 Revitalisierung Herrenhufen

06/467.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B263-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die überplanmäßigen Ausgaben und Mittelumerschichtungen im THH 6 für das Bauvorhaben „Revitalisierung Herrenhufen“

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 8.16. Förderung junger Familien durch Gewährung von Preisnachlässen bei Grundstückskäufen

06/415.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B264-09/15 Herr Dr. Kerath bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Neubert bringt den Änderungsantrag der Fraktion Kompetenz für Vorpommern/Piratenpartei ein:

In der Richtlinie wird zusätzlich die Ziffer IV (Gültigkeit) wie folgt gefasst:

*"Es gibt keinen Rechtsanspruch auf die Gewährung eines Preisnachlasses.
Diese Richtlinie gilt für nach dem 01.12.2015 neu abgeschlossene Grundstücksverträge unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel und wird auf bis zum 31.12.2016 abgeschlossene Grundstückskauf- oder -erbpachtverträge befristet."*

Die SPD-Fraktion übernimmt den Änderungsantrag.

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, in Abänderung des Beschlusses Drucksachen-Nr. 04/562 vom 06. November 2006, die Richtlinie „Förderung junger Familien beim Erwerb von städtischen Grundstücken“ Ziffer I. wie folgt zu ändern:

Bei Kauf eines unbebauten Grundstücks wird ein Kaufpreisnachlass bezogen auf den Verkehrswert in Höhe von 6 % je Kind gewährt. Bei einem Grundstückserwerb wird die maximale Förderung auf 18 % begrenzt.

2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, in Abänderung des Beschlusses Drucksachen-Nr. 04/562 vom 06. November 2006, die Richtlinie „Förderung junger Familien beim Erwerb von städtischen Grundstücken“ Ziffer II. wie folgt zu ändern:

Bei Erwerb eines städtischen Grundstücks mittels Erbbaurecht wird eine Reduzierung des ansonsten regelmäßig zu zahlenden jährlichen Erbbauzinses von 4 % Verkehrswertes um 1 Prozentpunkt je Kind für einen Zeitraum von 15 Jahren ab Abschluss des Vertrages gewährt. Die Absenkung des Erbbauzinses ist nur bis zu einem Zinssatz von 2% möglich.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	8	3

TOP 8.17. Änderung der Satzung des Kultur- und Sozialpasses

06/444 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B265-09/15 Herr Dr. Bittner bringt die Beschlussvorlage ein.
 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Änderung der §§ 3 und 6 der Satzung vom 16.09.2013 für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Zurzeit gültiger Paragraph 3:**§ 3 Leistungen**

Leistungen	Leistungsumfang
<ul style="list-style-type: none"> ÖPNV 	Für die 6-Fahrtenkarte für Erwachsene und die 6-Fahrtenkarte ermäßigt (Kinder 6-14 Jahre) wird eine Ermäßigung von 1,50 € auf den gültigen Tarif gewährt. Auf die Monatskarte für alle KUS Inhaber und die Monatskarte für Schüler, Studenten und Auszubildende wird eine Ermäßigung von 5,00€ auf den gültigen Tarif gewährt. (siehe Anlage 2)
<ul style="list-style-type: none"> Freizeitbad ohne Sauna Keine Zeitbegrenzung 	Für Erwachsene ab 16 Jahre und Kinder ab 1 Meter Körpergröße wird eine Ermäßigung von 2,50€ (zzgl. Wochenendzuschlag) auf den gültigen Tarif gewährt. Auf die Familienkarte 2 Erw. und 2 Kinder wird eine Ermäßigung von 7,50€ (zzgl. Wochenendzuschlag) auf den gültigen Tarif gewährt. Familien mit 2 Erw. und 3 oder mehreren Kindern zahlen das gleiche Entgelt wie Familien 2 Erw. und 2 Kinder.
<ul style="list-style-type: none"> Bibliothek 	Jahresgebühr 10,00 €
<ul style="list-style-type: none"> St. Spiritus 	Kursermäßigung von 20 % bis 50 % Eintrittsermäßigung von 20 % bis 40 %

Alle Leistungen die von Vereinen und Institutionen getragen werden, sind in der Anlage nachrichtlich beigelegt. (siehe Anlage 1)

Alle mit dem KUS verbundenen Leistungen können erst ab dem Tag der Ausstellung in Anspruch genommen werden. Auf die Leistungen besteht kein Rechtsanspruch und sie werden nur solange gewährt, bis die hierfür eingeplanten Mittel aufgebraucht sind.

Neufassung:**§ 3 Leistungen**

Leistungen	Leistungsumfang
<ul style="list-style-type: none"> ÖPNV 	Ermäßigungen: 6-Fahrtenkarte für Erwachsene 1,50 € 6-Fahrtenkarte ermäßigt (Kinder 6-14 Jahre) 2,00€ Monatskarte für alle KUS Inhaber 5,00€ Monatskarte für Schüler, Studenten und Auszubildende von 10€ gewährt
<ul style="list-style-type: none"> Freizeitbad ohne Sauna Keine Zeitbegrenzung 	Ermäßigungen: Erwachsene ab 16 Jahre 2,50€ (zzgl. Wochenendzuschlag) auf den gültigen Tarif Kinder ab 1 Meter Körpergröße 4,00€ Familienkarte (unabhängig von der Anzahl der eigenen Kinder) 12,00€ (zzgl. Wochenendzuschlag) auf den gültigen Tarif
<ul style="list-style-type: none"> Bibliothek 	Jahresgebühr 10,00 €
<ul style="list-style-type: none"> St. Spiritus 	Kursermäßigung von 20 % bis 50 % Eintrittsermäßigung von 20 % bis 40 %

Die Verwaltung wird ermächtigt mit weiteren Leistungsanbietern Verträge zu Gewährung eines Zuschusses abzuschließen.

Alle Leistungen, die von Vereinen und Institutionen getragen werden, sind in der Anlage nachrichtlich beigefügt (siehe Anlage 1)

Alle mit dem KUS verbundenen Leistungen können erst ab dem Tag der Ausstellung in Anspruch genommen werden. Auf die Leistungen besteht kein Rechtsanspruch und sie werden nur solange gewährt, bis die hierfür eingeplanten Mittel aufgebraucht sind.

Zurzeit gültiger Paragraph 6:

§ 6 Einfluss der KUS- Leistungen auf bestehende Ermäßigungen in der Stadtverwaltung

Mit dieser Satzung wird der begünstigte Personenkreis folgender Satzungen ergänzt, Doppelleistungen werden nicht gewährt:

-Satzung der Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Unterrichtsgebühren für die Teilnahme am Unterricht der Musikschule vom 30.05.2006

-Entgeltpreise Museum vom 01.07.2006

-Satzung und Gebührentarif der Stadtbibliothek „Hans Fallada“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 20.02.2011

Neufassung:

§ 6 Einfluss der KUS-Leistungen auf bestehende Ermäßigungen in der Stadtverwaltung

Mit dieser Satzung wird der begünstigte Personenkreis folgender Satzungen ergänzt, Doppelleistungen werden nicht gewährt:

- Satzung der Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Unterrichtsgebühren für die Teilnahme am Unterricht der Musikschule vom 30.04.2014

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

TOP 8.18. Kurzfristige Schaffung einer Stabsstelle „Flüchtlinge in Greifswald – Koordinierung, Kommunikation, Integration & Netzwerkentwicklung“

06/449

Nach kurzen Ausführungen zur Aufgabe „Zusammenarbeit mit dem Landkreis, den ehrenamtlich Tätigen, den Einwohnern und den Flüchtlingen“ zieht Frau Dr. Schwenke die Beschlussvorlage zurück, da die Stellenbesetzung durch die Verwaltung bereits umgesetzt wurde.

TOP 8.19. „Public-Viewing“

06/461

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

B266-09/15

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister,

die Möglichkeit zu prüfen, dass zur kommenden Fußball-Europameisterschaft (10.06.- 10.07.2016) ein sog. „Public-Viewing“ an der Bühne am Museumshafen stattfinden kann. Es soll dabei auch geprüft werden, ob die Möglichkeit der Durchführung in Zusammenarbeit und Absprache mit der Theater Vorpommern GmbH unter Nutzung der von dieser auf dem Gelände sowieso bereit gestellten Ausstattung besteht. Es soll auch eine Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft in Greifswald und eine Förderung durch diese untersucht werden. Ziel soll es sein, dass für die Stadt und/ oder ihre Gesellschaften keine Kosten entstehen. Die Theater Vorpommern GmbH darf mit Kosten nicht belastet werden.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	8	4

TOP 8.20. Öffnung der Einbahnstraßenregelung für den Radverkehr in den Ostseevierveln Park- und Ryckseite

06/473

B267-09/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Herr Krüger bringt die Beschlussvorlage ein.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, ob in den Ostseevierveln Park- und Ryckseite Einbahnstraßen für den Radverkehr geöffnet werden können. Die Prüfung ist für jede Einbahnstraße gesondert und auch für die von der Stadtverwaltung als verkehrlich unbedeutend eingestuften Straßen durchzuführen. Mit Eigentümern von privaten Einbahnstraßen ist über eine entsprechende Prüfung in Abstimmung zu treten und eine Prüfung herbei zu führen.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	11	2

TOP 8.21. Begrüßungsgeld in Höhe von 200 Euro pro neugeborenen Kind

06/475

B268-09/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Es wird über den Mitnahmeeffekt, die Nachhaltigkeit und die mögliche Anrechnung auf den Hartz IV-Satz diskutiert und gesagt, dass die Probleme in anderen Bereichen liegen, um eine Familienfreundlichkeit herzustellen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt,

die sofortige Einführung eines sog. „Begrüßungsgeldes“ in Höhe von 200 Euro für jedes neugeborene Kind, dessen Eltern ihren Hauptwohnsitz in Greifswald haben.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	mehrheitlich	2

TOP 8.22. Protokollierung der Sitzungen der Ortsteilvertretungen

06/478

B269-09/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Herr Liedtke verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Es wird über die Notwendigkeit, die fehlenden Darstellung der haushaltsrechtlichen Auswirkungen und die bereits bestehende Aufgabenmenge der Verwaltung gesprochen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Protokollierung der Sitzungen der Ortsteilvertretungen entsprechend dem Verfahren in den Fachausschüssen zu realisieren.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	mehrheitlich	10

TOP 8.23. Kommunale Beteiligungsquote erhöhen

06/494.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B270-09/15 Herr Krüger bringt die Beschlussvorlage ein.
 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald schließt sich der „Resolution für die angemessene Anhebung der kommunalen Beteiligungsquote im Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommern 2016“ des Städte- und Gemeindetags Mecklenburg-Vorpommern (Anlage 1) an.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister der Landesregierung und den demokratischen Fraktionen des Landtages folgenden Beschluss zu übermitteln und die Landesregierung zu einer Stellungnahme aufzufordern:

Die Bürgerschaft kritisiert, dass im Rahmen der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes ab 2016 auf eine Verbandsanhörung verzichtet wurde. Die Bürgerschaft macht darauf aufmerksam, dass sie zukünftig im Sinne eines positiven Zusammenwirkens zwischen Land und Kommunen eine entsprechende Beteiligung erwartet.

Die Bürgerschaft macht darauf aufmerksam, dass das vorliegende Landeshaushaltsgesetz und das Haushaltsbegleitgesetz für die Jahre 2016 und 2017 den Anforderungen an eine angemessene kommunale Finanzausstattung nicht gerecht werden. Die Bürgerschaft hält eine Erhöhung der kommunalen Beteiligungsquote daher für dringend geboten, um eine lebendige und funktionierende kommunale Selbstverwaltung sicherzustellen

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 2	Enthaltungen 3
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

TOP 8.24. Produkt 3.6.3.01.00.0 Schul- und Jugendsozialarbeit

06/507 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B271-09/15

Frau Görs unterliegt dem Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Abs.1 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Frau Dr. Schwenke

. bringt die Beschlussvorlage ein.

. weist auf eine Änderung der Deckungsquelle hin. Die Finanzierung soll nun durch den erhöhten Anteil der Gemeinde an der Umsatzsteuer erfolgen.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt, dass der Haushaltsplan im Produkt 3.6.3.01.00.0 Schul- und Jugendsozialarbeit um die Summe von maximal 11T € in 2016 erhöht wird. Die Träger haben in ihren Anträgen diesen Mehrbetrag beantragt. Dabei sind noch nicht abgeschlossene Gespräche mit dem Landkreis zu berücksichtigen.

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 3	Enthaltungen 5
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

TOP 8.25. Förderung der Schul- und Jugendsozialarbeit

06/511 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Frau Görs unterliegt dem Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Abs.1 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Frau Heide bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Ziola verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Nach Diskussionen über einen konkreten Zweck der Auszahlung, haushaltsrechtliche Auswirkungen und die praktische Umsetzung beantragt Herr Rodatos die Zurückweisung der Beschlussvorlage in den Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage wieder in die Fachausschüsse zurückverwiesen wird:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	19	9	6

TOP 8.26. Unterstützung Musikfabrik Greifswald

06/510 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B272-09/15 Herr Hochschild bringt die Beschlussvorlage ein.
 Herr Rodatos schlägt vor, den Zuschuss im Beschlussvorschlag auf 15 TEUR zu reduzieren und falls dies ebenfalls nicht auf Zustimmung trifft, über 10 TEUR abzustimmen.
 Es gibt Kritik an der Höhe der Summe, da man auch einen preiswerteren Flügel beschaffen könnte.

Frau Socher lässt über die einzelnen Summen abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25 TEUR	10	mehrheitlich	1
15 TEUR	11	mehrheitlich	4
10 TEUR	16	11	6

Damit wird die Beschlussvorlage entsprechend geändert:

Die Bürgerschaft unterstützt die Musikfabrik Greifswald (Schule für Popularmusik e.V.) bei ihrem Förderantrag beim Land zur Ersatzanschaffung eines Flügels mit einem Zuschuss von max. 10.000 € im Haushaltsjahr 2016.

TOP 8.27. Unterstützung Sportvereine

06/524 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B273-09/15 Frau Dr. Schwenke bringt die Beschlussvorlage ein und zieht den ersten Punkt „10.000 € für den FSV Blau Weiß Greifswald für die Errichtung eines Schutzzaunes gegen Wildschweine“ zurück.

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt aus der Haushaltsstelle „Notleidende Vereine“ folgenden Vereinen die jeweils aufgeführten Zuschüsse zukommen zu lassen:

- 8.000 € für die HSG Uni Greifswald e.V. für die Sanierung des Sporthauses auf der Sportanlage Hainstraße 35
- 8.000 € für den Seesportclub Greifswald Absicherung der Baumaßnahme zur Erneuerung der Uferbefestigung, Sportanlage Eisenhammer 1

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	3

Frau Dr. Schwenke verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

TOP 9. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Herr Dr. Fassbinder bittet, die folgenden Sitzungen der Bürgerschaft nicht mehr in diesem Umfang stattfinden zu lassen, sondern entweder mehr Sitzungen der Bürgerschaft durchzuführen oder die Sitzungen zu teilen.

Die Mitteilungen des Oberbürgermeisters werden als Anlage zum Protokoll gegeben.

Herr Hochheim gibt die Mitteilungen des Dezernates II ebenfalls als Anlage zum Protokoll.

TOP 10. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Krüger

. gibt zu bedenken, dass im Zuge der Konzeptumsetzung die Lagermöglichkeiten im Volksstadions abgerissen werden sollen. Dadurch entstünden neue Probleme für die Vereine.

TOP 11. Mitteilungen der Präsidentin

keine

TOP 12. Schluss der Sitzung

Frau Socher beendet die Sitzung der Bürgerschaft um 23:11 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher
Präsidentin

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst
Bürgerschaft

Anlagen:

- Beantwortung der Großen Anfrage „Schulen“
- Bericht zum RGRE
- Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- Mitteilungen des 1. Stellvertreters des Oberbürgermeisters